

schaftsgeschichtlichen Ostmitteleuropaforschung genutzt werden sollte. Jedoch überzeugen den Rezensenten, wie dargelegt, manche von T.s Aussagen nicht, da sie nicht selten pauschalisierender Natur oder argumentativ schwach hergeleitet sind. So erschließt sich dem Leser bis zum Ende der Lektüre nicht der mögliche Mehrwert der vom Autor vorgenommenen Unterteilung der Denkstile in den jeweiligen Zeitabschnitten. Es ist in der Forschung zum wissenschaftlichen Atheismus sowjetischer Prägung längst bekannt, dass sich die Denkstile der Atheismusforscher und -institutionen von einem antireligiös-propagandistischen hin zu einem eher auf empirischen Daten basierenden (aber immer noch die marxistische Säkularisierungstheorie dogmatisierenden) Denken verlagert haben. An dieser Stelle wäre es aus Perspektive des Rezensenten angebracht gewesen, dass der Autor neuere Forschungen zum wissenschaftlichen Atheismus in anderen Ländern des sowjetischen Einflussgebietes herangezogen hätte, beispielsweise von Atko Rimmel über Estland¹ oder Thomas Schmidt-Lux über die DDR².

Potsdam – Wien – Krems

Dirk Schuster

¹ Beispielhaft ATKO REMMEL: (Anti-)Religious Aspects of the Cold War. Soviet Religious Policy as Applied in the Estonian SSR, in: TÖNU TANNBERG (Hrsg.): Behind the Iron Curtain. Soviet Estonia in the Era of the Cold War, Frankfurt am Main 2015, S. 359–392.

² THOMAS SCHMIDT-LUX: Wissenschaft als Religion. Szientismus im ostdeutschen Säkularisierungsprozess, Würzburg 2008.

Kristen Ghodsee: Second World, Second Sex. Socialist Women's Activism and Global Solidarity during the Cold War. Duke University Press. Durham 2019. XVIII, 306 S., 42 Ill. ISBN 978-1-4780-0181-2. (\$ 27,95.)

Mit ihrem Buch *Second World, Second Sex* stellt Kristen Ghodsee nicht nur das gegenwärtige Narrativ zur Geschichte feministischer Bewegungen infrage, sondern präsentiert mit ihrer Herangehensweise auch ein Musterbeispiel kritischer Geschichtswissenschaft. Im Kontext der *Decade for Women* der Vereinten Nationen 1975–1985 setzt sie sich mit dem Fortschritt der Frauenrechte unter dem damals vorherrschenden Konflikt zwischen westlichen und sozialistischen Ideologien auseinander. Dabei thematisiert sie insbesondere die Rolle der sog. „Zweiten“ und „Dritten Welt“, deren Errungenschaften nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems in den Hintergrund des feministischen Diskurses gerückt seien. G. kritisiert die wissenschaftliche Aufarbeitung des Sozialismus aufgrund einer, ihrer Ansicht nach, herrschenden Dominanz pro-westlicher und anti-kommunistischer Perspektiven als unzureichend. Indem sie außerdem das gängige Narrativ über die internationale Frauenbewegung der letzten Dekaden hinterfragt, eröffnet sie neue Perspektiven. G. führte qualitative Interviews mit Zeitzeug*innen und erschloss in privaten, institutionellen sowie staatlichen Archiven insbesondere Bestände des Komitees der bulgarischen Frauen (Komitet bălgarskite ženi), der sambischen United National Independence Party (UNIP) sowie der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (Women's International Democratic Federation). Das Buch ist in zwei Abschnitte unterteilt: Der erste schildert den historischen Hintergrund der Frauenbewegung in Bulgarien, Sambia und den USA, der zweite wendet sich dann den Ereignissen innerhalb der *Decade for Women* zu. Dabei betrachtet die Autorin feministische Organisationen und Akteur*innen hinsichtlich ihres Einflusses auf staatspolitischer Ebene, z. B. durch die Teilnahme an Delegationen.

Im Rahmen der sozialistischen Ideologie war die Emanzipation der Frauen als Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt erwünscht. Es wurde, insbesondere in Bulgarien, stark in Bildung und den Ausbau sozialer Systeme investiert, jedoch in Form einer *top-down*-Politik, somit hing jegliche Organisationsstruktur von der Kommunistischen Partei ab. Die Frauenpolitik in den USA hingegen war anfangs sehr zurückhaltend und wurde von Männern als Mittel zum Zweck betrieben – Politiker mussten für Wahlen um weibliche Stim-

men werben. Dortige feministische Entwicklungen erfolgten eher als Reaktion auf emanzipatorische Bewegungen im sozialistischen Osteuropa, wie z. B., so G., 1946 die Gründung des Congress of American Women, daher ergibt es oft Sinn, diese im internationalen Kontext zu betrachten.

G. betont, dass bei der sambischen Frauenbewegung die Spezifik des postkolonialen historischen Kontexts berücksichtigt werden müsse, z. B. der Mangel an Kritik an sexistischen Traditionen, da diese nach der Unabhängigkeit eine wichtige Rolle für die nationale Identität gespielt hätten. Die Attraktivität des sambischen Humanismus nach der Entkolonialisierung, der sich insbesondere gegen ökonomische Ausbeutung und Diskriminierung aussprach, die Abneigung gegenüber den westlichen Kolonialmächten und eine primär kommunitäre Einstellung weckten Sympathien für die Staaten Osteuropas. Elemente sozialistischer Sozialstaatlichkeit wurden in die Rechtsordnung Sambias übernommen, wie etwa der Mutterschaftsurlaub oder gleiche Bezahlung. Feministische Kritik in Sambia war oft gegen materielle Umstände und das bestehende Sozial- sowie Bildungssystem gerichtet, nicht gegen vorherrschende Geschlechterrollen. Letzteres wird laut G. von Wissenschaftler*innen zu Unrecht kritisiert, da diese bei der Bewertung der sambischen Frauenrechtsbewegungen westliche Maßstäbe anlegen würden.

Im Mittelpunkt der *Decade for Women* standen die drei Konferenzen in Mexico City (1975), Kopenhagen (1980) und Nairobi (1985). Für die Staaten Osteuropas galt es, die erst seit Kurzem unabhängigen Staaten Afrikas für sich zu gewinnen und früh Ressourcen in die Entwicklung dieser Länder zu investieren. Bulgarien sah sich als Vorbild für die weltweite Frauenbewegung und vermittelte dies mit Erfolg auf den Konferenzen. Auf der Konferenz in Nairobi wurde Bulgariens Einsatz mit der Ernennung zum Generalberichterstatter gewürdigt.

Eines der zentralen Probleme aller Konferenzen war der fehlende Konsens bei der Themenwahl: Sollten lediglich Fragen zur Situation der Frauen besprochen oder aber Themen der internationalen Politik aus einer weiblichen Perspektive und mit intersektionalem Ansatz diskutiert werden? Immerhin boten die Konferenzen eine Bühne für Diskussionen zu aktuellen internationalen Konflikten, was Teilnehmer*innen sozialistischer und afrikanischer Länder für eine explizite antikapitalistische und antiimperialistische Kritik nutzen wollten. Dies wiederum versuchte insbesondere die Delegation der USA zu unterbinden.

Während der Konferenzen zeigte sich die führende Rolle sozialistischer Staaten in der Sozial- und Bildungspolitik. Die Dominanz sozialistischer Staaten bei der Unterstützung von Staaten der sog. „Dritte-Welt“-Länder entfachte wiederum den Ehrgeiz der amerikanischen Politik, denn die Gefahr einer anti-amerikanischen Allianz wurde nach der ersten Konferenz immer konkreter, geschuldet dem massiven Austausch finanzieller wie intellektueller Güter zwischen der „Zweiten“ und der „Dritten Welt“. Dies geschah beispielsweise in Form von Fortbildungscamps und Reisestipendien für afrikanische Feministinnen.

Der Zusammenbruch des Ostblocks bedeutete zugleich das Ende der zuvor geschaffenen partnerschaftlichen Strukturen zwischen der „Zweiten“ und „Dritten Welt“. Die finanziellen Grundlagen sozialistischer Frauenorganisationen brachen in der Folge somit genauso weg wie die Unterstützung für afrikanische Länder. Nichtsdestotrotz haben sozialistische Staaten einen enormen Einfluss auf den weltweiten gesellschaftlichen Fortschritt für Frauen gehabt. Doch seit dem Ende des Kalten Krieges wird zwischen Ost und West oft eine Trennlinie zwischen Gewinnern und Verlierern gezogen; Errungenschaften sozialistischer Staaten, wie ihr Engagement auf internationaler Ebene für Frauenrechte, werden nicht anerkannt.

Mit ihrer Studie kritisiert G. insbesondere das Narrativ, demzufolge der liberale Feminismus, in Theorie wie Praxis, den Fortschritt im Bereich der Frauenrechte ausgelöst und vorangetrieben habe. Dieses Narrativ habe, so die Vf., den Beitrag sozialistischer Frauenbewegungen zur gesellschaftlichen Emanzipation der Frau ausgeblendet. Der liberale Feminismus kritisiert die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern innerhalb eines kapitalistischen Systems und konzentriert sich auf die Selbstverwirklichung des Individuums,

während der marxistische Feminismus im Kapitalismus den Grund für die Ungleichheit sieht und gesamtgesellschaftliche Veränderungen anstrebt, um die Situation von Frauen zu verbessern. Sozialistische Frauenbewegungen vertraten nicht nur marxistische, sondern auch intersektionale Ideen, indem sie u. a. Rassismus als Folge der Kolonialisierung thematisierten. G. strebt mit ihrer Kritik an, Alternativen zur „westlichen Vision unabhängiger Frauenbewegungen“ aufzuzeigen, in der die Rolle des Staates nur darin bestehe, ein „ausgeglichenes Spielfeld“ zu schaffen (S. 243).

G.s Studie ist eine Bereicherung für die etwas schmale Reihe an Büchern über den Feminismus im sozialistischen Osteuropa (zumindest im englischen und auch deutschen Sprachraum) und verschafft den sozialistischen Frauenbewegungen einen Platz in der bislang stark vom Blick auf westliche Frauenbewegungen dominierten Geschichtsschreibung, welche ein verzerrtes Bild historischer Realität kreiert.

Auch wenn G. einleitend versucht, das Knäuel an feministischen Ideologien zu entwirren, so wird die von ihr vorgenommene Reduzierung der Frauenbewegung auf eine staatspolitische Ebene der Vielfalt feministischer Diskurse nicht gerecht. Dieser Ansatz führt vielmehr zu einer bipolaren Wahrnehmung des Diskurses zwischen dem liberalen Feminismus auf der einen Seite und dem materialistischen und intersektionalen auf der anderen.

G.s Buch lässt sich als Aufruf zu mehr kritischer, interdisziplinärer Kontextualisierung gerade auch der Geschichtsregion Osteuropa insgesamt lesen. Der Vf. gelingt es in eindrucksvoller Weise, eine Vielzahl unterschiedlicher Positionen und Akteur*innen in ihre Erzählung einzuflechten und so die Breite ihrer Forschung zu demonstrieren.

Leipzig

Veronika Warzycha

Severin Gawlitta: „Aus dem Geist des Konzils! Aus der Sorge der Nachbarn!“ Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Kontexte. (Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 37.) Verlag Herder-Institut. Marburg 2016. IX, 286 S. ISBN 978-3-87969-404-4. (€ 48,-)

Georg Jäschke: Wegbereiter der deutsch-polnisch-tschechischen Versöhnung? Die katholische Vertriebenenjugend 1946–1990 in der Bundesrepublik Deutschland. Aschen-dorff Verlag. Münster 2018. X, 393 S. ISBN 978-3-402-13276-0. (€ 49,-)

Der deutsch-polnische Versöhnungsprozess gehört ohne Zweifel zu den ermutigenden Erfahrungen beim Umgang mit Gewalt und ihren Folgen. In diesem Zusammenhang kommen dem Briefwechsel der polnischen und der deutschen Bischöfe 1965 ebenso wie dem Kniefall von Willy Brandt in Warschau 1970 und der Versöhnungsmesse von Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Tadeusz Mazowiecki 1989 in Kreisau ikonische Bedeutung zu. Entsprechend häufig werden diese Ereignisse in den einschlägigen Reden von Politikern und Bischöfen in Polen wie in Deutschland bemüht. Dabei ist im Laufe der Zeit und der rituellen Wiederholungen eine narrative Erstarrung eingetreten, in der die Vielschichtigkeit und höchst lehrreiche Komplexität der historischen Vorgänge oftmals zum Verschwinden gebracht wird.

Dies trifft in besonderer Weise auf eines der wesentlichen Initialereignisse der deutsch-polnischen Versöhnung zu, den erwähnten Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen. Mehrheitlich hat sich nicht nur in Polen ein Narrativ durchgesetzt, das die mutige Leistung des Briefs der polnischen Bischöfe einer lauen Antwort der deutschen Bischöfe gegenüberstellt. In Polen zumal wird in dieser Linie meist auch nur der polnische Brief positiv erinnert, wobei dieser gern aus seinem kontextuellen Umfeld herausgelöst wird. Diese Verengungen werden, wie Severin Gawlitta in seinem sehr lesenswerten Buch deutlich macht, den historischen Vorgängen nicht gerecht. Mehr noch, man verpasst durch eine derart eingeschränkte Sichtweise wesentliche Einsichten in die Dynamik des Versöhnungsprozesses. G. zeichnet, gestützt auf bisher kaum beachtete Quellen in Deutschland, wie z. B. des Bistumsarchivs Essen, die spezifische Diskursituation der deutschen Bischöfe unter den Bedingungen der staatskirchenrechtlichen Situation